

Beilage zu Nummer 98 der Volksstimme.

Donnerstag den 27. April 1916.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 27. April 1916.

Städtischer Lebensmittelvertrieb.

Man schreibt uns: Die Wiesbadener Lebensmittelverföhrer der ärmere Bevölkerung artet zu einem reinen Skandal. Während der beiden Tage vor den Feiertagen standen stundenlang in strömenden Regen vor den drei Kolonnen-Verkaufsstellen der Stadt. Obnmachtsanfälle und sonstige unerbauliche Zwischenfälle ereigneten sich mehrere. Man kann auch von einer Frau und von Kindern verurteilt, stundenlang auf der Straße zu stehen und zu Hause die Arbeit. Gaben wir denn hier bei den vielen leer stehenden Häusern keine Gelegenheit, die Verkaufsstellen zu besuchen und die Verkaufsstellen mit Personal zu besetzen, die die Arbeit etwas verstehen und denen Arbeit von der Hand geht? Hat man denn in der Stadtverwaltung gar kein Einsehen, welche Erbitterung mit solchen unerquidlichen Zuständen geschaffen wird? Hat den die arme Arbeiterfrau nicht das, was sie hatte, Mann und Sohn, hergeben müssen? Schändlich, sie hat ein Anrecht auf anständige Behandlung. Nicht das stundenlange Warten allein ist zu verurteilen, sondern die ganze Organisation der Stadt durch die Verkaufsstellen. Beispiel erhält jede Familie, ob sie aus 1 oder 10 Personen besteht, dasselbe Quantum. Dies hat nun zur Folge, Familien, die aus 1 oder 2 Personen bestehen, die städtischen Verkaufsstellen benutzen können, während die kinderreiche Familie hiervon ausgeschlossen ist, denn diese arme gequälte hat keine Zeit, sich stundenlang von Hause zu entfernen. Kinder da stehen lassen, ist erst recht nicht tunlich. Warum öffnet man nicht mehr Verkaufsstellen und gibt auf Kopfschmerz der Familien das bestimmte Quantum an Lebensmitteln? Warum schließt man die Verkaufsstellen von 1 bis 3 1/2 Uhr? Unsere Damen haben es ja meistens verstanden, sich Unannehmlichkeiten der Mutterlichkeit zu entziehen, sie verstehen nichts vom Familienleben der Arbeiter.

Nun zur Fleischverföhrung. Während in allen Städten der ärmere Bevölkerung Fleisch zu billigen Preisen zur Verfügung gestellt wird, hat die Stadtverwaltung in Wiesbaden Schweinefleisch überhaupt nicht ausbauen lassen und Rindfleisch zum Preise von 3.40 Mark und 2.80 Mark abgegeben. „Fleischer-Zeitung“ kostet in Berlin: Lende 3 Mark, Schenkel 2.80 Mark, und dann abfallend bis zu Suppenfleisch 1.90 Mark, Knochen 50 Pfennig. Geht das in Wiesbaden? Könnte sich hier der besser bezahlte Arbeiter wirklich noch 1 Pfundchen Fleisch für die Feiertage leisten, so erhielt er 200 Gramm Knochen und 200 Gramm Fleisch für 2.80 Mark. Das beinhalte, gute Fleisch muß ja in der „Interessen“ neopfert werden. Den Kindern des Arbeiters wird auf solche Weise das letzte Pfundchen Mark aus der Tasche gesucht. Und wie es mit dem Fleisch gehandhabt wird, ist es auch mit Brot und Mehl. Die Animosität unter der Verwaltung gegen die arbeitende Bevölkerung ist gerade letzter Zeit offenbar geworden. Wie sagte dem Staatsrat Delbrück im Reichstag: „Ein energischer Bürgermeister macht Mittel in der Hand und er wird sie anzuwenden!“ Trifft in Wiesbaden eine Arbeiterfrau energisch auf, so wird sie beschimpft und bekommt gar nichts. Wann wird sich Abhilfe geschaffen?

Verbotenes Verbot. Man schreibt uns: Zur allgemeinen Warnung wird darauf hingewiesen, daß Butter nur im Laden verkauft werden darf. Zuführung ins Haus und Vorausbefüllung der Hinterlegung des Geldes ist verboten. Etwasige Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmung des Magistrats wolle man bei städtischen Lebensmittelverföhrungsstellen, Großenstraße 1, melden, mit der Magistrat die Möglichkeit hat, entsprechende Abhilfe zu tun.

Städtische Kartoffelabgabe. Wir werden gebeten, noch einmal anders darauf hinzuweisen, daß diejenigen Haushaltungen, die noch im Besitz von Kartoffeln sind, erst dann Kartoffeln abgeben dürfen, wenn ihr Bestand nachgewiesenermaßen aufgebraucht ist. Die bisherigen Bemühungen um Kartoffelmarken haben also keinen Erfolg.

Erfahrung für chinesischen Tee. Man schreibt uns: Infolge des hohen Steigens der Preise für chinesischen, japanischen und sonstigen asiatischen Tee empfiehlt es sich, gerade jetzt im Frühjahr Bevölkerung darauf hinzuweisen, daß es zahlreiche einheimische gibt, die im Haushalte anstelle von asiatischem Tee Verwendung finden können. Allerdings fehlt den in Betracht kommenden einheimischen Tees das Aroma (Koffein), jedoch liefern sie gesunde und gesundheitsfördernde Getränke, die schon seit langer Zeit in Europa genossen und hier erst allmählich immer mehr durch den asiatischen Tee verdrängt worden sind. Im allgemeinen pflegt man übrigens den im Haushalte als Familienmittel bestimmten chinesischen Tee nicht so stark herzustellen, daß eine allmähliche Wirkung eine erhebliche Rolle spielen könnte. Die Zubereitung der einheimischen Tees entspricht der des chinesischen. Als einheimische Tees kommen vornehmlich die jungen getrockneten und allmählich zerfallenden (geschulten) Blätter der Heide, Brombeere, Heidelbeere, Moosbeere, Aronia, Preiselbeere, schwarzen Johannisbeere, Himbeere, Stachelbeere, Kirsche, Birne, Weide und Eberesche, sowie des schwarzen oder Scheldorns und Weidenröschens in Betracht. Es ist vom Geschmack des einzelnen ab, welchen Blättern er den Vorzug geben will. Bei der erheblichen Auswahl wird jeder, der gegenwärtigen Zeit anstelle des sehr teuren asiatischen Tees oder teilweise billigen einheimischen Tee verwenden möchte, in ihm zureichendes Getränk herausfinden. Bemerkenswert ist, daß davon abzusehen ist, als tägliches Familiengetränk solche zu verwenden, die als Arzneimittel besondere Wirkung auszuüben vermögen, wie z. B. Lindenblätter und Pfeffer. Die zuvor genannten einheimischen Tees werden zum Teil in Apotheken und Drogeriegeschäften geführt. Es ist ersichtlich, daß auch der Drogerie- und Kleinhandel dem Einzelnen, Erzeugern und Vertriebs der als Genussmittel in Betracht kommenden einheimischen Tees alsbald besondere Beachtung schenken sollte, zumal es der Bevölkerung nur zum Teil möglich ist, sich die benötigten Tees zu beschaffen.

Reingewonnen wurde in Mainz dieser Tage ein junger Bursche, der zeitweilig in Wiesbaden herumgetrieben und in verschiedenen Villen und Bädern entnommen hat. Es handelt sich um einen aus dem Rheinland, der aus Düsseldorf, Düsseldorf, Koblenz, nach anderen rheinischen Städten wegen verschiedener Eigenheiten von der Staatsanwaltschaft gesucht wird.

Theater. Auf mehrseitigen Wunsch wird am Sonntag das rasch beliebt gewordene neue Lustspiel „Der Bursche von Oberst“ (Das weiße Quä) gegeben. Sonntag nach-

mittag findet die letzte Nachmittagsvorstellung dieser Spielzeit statt. Zur Aufführung gelangt das humorvolle Lustspiel „Die Liebesinsel“. Sonntag abends 8 1/2 Uhr geht nochmals Hermanns beliebtes Schauspiel „Jettchen Gebert“ in Szene. In Vorbereitung Lustspiel „Häcker am Donnerstag den 4. und Freitag den 8. Mai: „Hermanns Tochter“, Samstag den 6. und Sonntag den 7. Mai: „Der Störenfried“.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Diebstahl, 27. April. (Mittag, Parteigenossen und Genossen!) Am Samstag abend von 8 1/2 Uhr ab findet eine zwanglose Zusammenkunft mit Aussprache im „Kaiser Adolf“ statt. Vorsteher Herr Genosse Witte ist anwesend. Zahlreicher Besuch erwünscht.

Diebstahl, 26. April. (Schulunterricht.) Der Unterricht für sämtliche Volksschulen beginnt am Freitag den 28. April, vormittags 8 Uhr.

Todesfall, 25. April. (Mensch in den Tod nachgefolgt) ist eine junge 22jährige Frau von hier Herr Mann, der vor kurzer Zeit infolge eines Schlaganfalls starb, von dem er gerade getroffen wurde in dem Augenblick, als er ins Feld abziehen sollte. Beide hinterlassen zwei kleine Kinder.

Kraus, 25. April. (Leichenführung.) Der von hier kommende Kasserler Ferdinand Kraus war von Kassel aus ins Ausland verschwand. Jetzt traf die Nachricht ein, daß man die Leiche des Soldaten im Rhein bei Mannheim gefunden hat. Verbrechen und Geld fand man noch bei der Leiche.

Aus den umliegenden Kreisen.

Rasjägererei.

Die „Deutsche Jägerzeitung“ vom 8. April bringt folgende Notiz: Wie in nächster Nähe von Bad Homburg die Rasjägererei auf Rotwild betrieben wird, dürfte zu den Seltenheiten gehören. Der Gemeindevorsteher eines Rasjägerdorfes hat mit einem anderen Herrn die Jagd der Gemeinde mit Rotwild als Bejagungsgebiet aus dem weitgedehnten Rasjägergebiet im Kriege für knapp die Hälfte des früheren Preises gepachtet. Der erwähnte Herr „jagt“ nun also: Er füttert das Rotwild mit Dorsch, die er zum Teil schilt, und setzt sich bei Nacht und Nebel mit einer Schrotflinte am Rastplatz unter Wind an. Steht er dann in der Dunkelheit die weit geschälte Dorsch an einem Punkt nicht mehr leuchten, so wird auf den dunklen Fleck, an dem er das Wild vermutet, Kugeln geschossen. Auf diese hundertprozentige Weise hat der edle Herr schon sehr viel Wild zur Strecke gebracht. Wieviel aber von dem frangierten Rotwild elend zugrunde geht, dafür spricht die Tatsache, daß die Kasserler von drei Rasjägerjagden allein in den letzten drei Monaten einen Sechsfelch, zwei Gabel, zwei Speiche, zwei Hirschhauer an Schrotflinten verlor und aufgefunden haben.

Dieser schändliche Rasjäger ein Ende zu machen, dazu dürfte das noch zu Recht bestehende Gesetz des früheren Kaisers Homburg eine Handhabe bieten, das bestimmt, daß Rotwild nur mit der Jagd erlegt werden darf. Fleischmännern vom Schlege dieses Jagdgebietes sollte der Jagdschein entzogen werden.

Sanau, 27. April. (Zur Seifenabgabe.) Der Magistrat empfiehlt, den Monatsbedarf an Seife vor dem 1. Mai einzulassen, da in Zukunft nur einmal im Monat, und zwar zum ersten Mal am 22. Mai, und dann alle 4 Wochen Seifenmarken abgegeben werden. — (Die Zuckerabgabe.) Die Kleinbäcker, die darauf rechnen, demnächst von der Stadt Zucker zugeführt zu erhalten, werden aufgefordert, ihren Monatsbedarf in Zucker nach einem Friedensmonat, der nicht in die Einmündigkeit fällt, dem Magistrat anzugeben.

Sanau, 27. April. (Eine ungewohnte Freude) wurde den Angehörigen des Musikiers Adolf Dietrich von hier zuteil. Dietrich hatte im vorigen Jahre an den Kämpfen in Galizien teilgenommen und wurde seit dieser Zeit vermisst. Nach acht Monaten der Ungewissheit erhielt seine Angehörigen jetzt eine Postkarte, auf der er ihnen mitteilt, daß er am 30. August d. J. in russische Gefangenschaft geraten sei und sich seit Ende Oktober d. J. im Kriegsgefangenenlager Elabodsk befindet. Er hatte schon häufig geschrieben, doch waren seine Briefe bisher nicht hier angekommen.

Sanau, 27. April. (Diebstahl.) In einem Garten der sogenannten „Risch“ wurde einem Hühnerhof ein Besuch abgepflegt, wobei 5 Hühner und 1 Hahn entwendet wurden. — (Der Tod des Ertrinkens nahe) waren am Dienstag nachmittag der 19jährige Schüler Dietrich, Mehlerstraße 5 wohnhaft, und sein sechsjähriger Bruder. Die beiden Anaben befanden sich während des Spiels den neben dem „Nordend“ am Ringufer liegenden defekten Kahn, derselbe kippte um, und beide Kinder fielen in den hochgehenden Fluß. Städtische Arbeiter und ein Schüler konnten den jüngeren Anaben unverletzt, den älteren nur bewußlos ans Ufer schaffen.

Schlachten, 26. April. (Nach der Heimat zurück.) Auf dem hiesigen Hofhof wurde ein aus dem Vorderlande eingeführtes Ferkel mit einem Ferkel auf telegraphische Anordnung der wackigen Ferkel angehalten und mußte ins Ursprungsland zurückgeführt werden. In Brückenau kam die losbare Ware zur Versteigerung.

Homburg, 27. April. (Das Elektrizitätswerk) hier hat nach dem sechsten erschienenen Geschäftsbericht für das Jahr 1915 einen Reingewinn von 30 783.66 Mark zu verzeichnen, welcher der Generalversammlung in folgender Weise zur Verteilung vorgelegt wird: 5 Prozent gesetzliche Rücklage 1443.87 Mark, Abgabe an die Stadt Homburg 3000 Mark, 2 Prozent Dividende auf 1 250 000 Mark 25 000 Mark, Vortrag auf neue Rechnung 1340.49 Mark.

Neu-Isenburg, 26. April. (Selbstmord.) Gestern mittag hat der Wittmister Kiesel von hier in seiner Wohnung durch Erschießen seinem Leben ein Ende gemacht. Schwere Krankheit soll die Ursache zu diesem Schritt der Verzweiflung gewesen sein.

Aus Frankfurt a. M.

Die wirtschaftliche Lage der Frankfurter Metallindustrie.

Nach dem Quartalsbericht der Metallarbeiter-Verbandes ist die Geschäftslage in der Metallindustrie eine dauernd gute. In den meisten Betrieben werden immer noch vorwiegend Kriegsaufträge hergestellt. Daneben wird in einzelnen Betrieben Friedensarbeit angefertigt, um die Lager wieder zu ergänzen. Die Firma Pokorny & Witte-

findet größere Mengen von Drehwerkzeugen anfertigen. In der Automobilindustrie wird ebenfalls Friedensarbeit hergestellt, hauptsächlich Lastautos. Im Schreibmaschinenbau ist reiche Beschäftigung vorhanden. Die Firma H. H. Mayrath & Co. läßt neben Kriegsmaschinen landwirtschaftliche Maschinen anfertigen. Die Firma Messer & Co. will ihren Betrieb vergrößern, um die Herstellung ihrer Produkte besser forcieren zu können. Die Firma Kiehl & Co. hat in der Weilmüllerstraße einen größeren Werkstättenbau eingerichtet; auch die Firma Stempel beabsichtigt, ihren Betrieb noch mehr zu erweitern. Die Motorenfabrik Oberursel hat durch Errichtung eines Werkstätten-Neubaus ihren Betrieb erweitert.

Auch dem Kleingewerbe fehlt es nicht an Aufträgen. In beachtenswerter Weise trägt die Stadt durch Vergabe einer Reihe von Objekten zur Belebung des Erwerbslebens bei. Die Gesellschaft Sore in Gornes hat ein Kapital von 3 1/2 Millionen Mark bereitgestellt. Diese Firma will auf dem Ostfängengelände einen größeren Fabrikbau errichten zur Gewinnung und Verarbeitung ihrer Metalle.

Die Arbeitszeit beschränkt sich auf Tag- und Nachtschicht; Ueberstunden sind bedeutend eingeschränkt worden. Die steigenden Lebensmittelpreise, die in gar keinem Verhältnis zu dem Einkommen vieler Arbeiterfamilien stehen, veranlassen die erweiterte Verwaltung, von den Unternehmern Teuerungszulagen, oder, wo die gewährten Sätze als ungenügend bezeichnet werden mußten, eine Erhöhung dieser Sätze zu verlangen. Die Firma Hüsing hat sich auf Grund ungenügender Abfordersätze veranlaßt, die Teuerungszulage um 5 Pfennig pro Stunde zu erhöhen. Die Firma Gobiet entzog den Neueingestellten die Teuerungszulagen, sie will dafür höhere Einstellungslöhne zahlen. Bei Voigt & Häfner verlangte die Arbeiterchaft eine Erweiterung der im vergangenen Jahre gewährten Teuerungszulage. Nach Verhandlungen mit dem Arbeiterausschuß wird die Verdienstgrenze auf 36 Mark bei normaler Schicht ausgedehnt. Die Arbeiterinnen, die im vergangenen Jahre leer ausgingen, erhielten die Teuerungszulage zugesprochen. In der Deutschen Vereinigten Schuhmaschinenfabrik erhöhte die Firma die Teuerungszulage. Es erhalten männliche Arbeiter, die 5 Monate im Betriebe sind, bis zu einem Stundenlohn von 70 Pfennig 10 Prozent, und Arbeiterinnen bis zu einem Stundenlohn von 35 Pfennig 7 Prozent neben der im vergangenen Jahre bewilligten Teuerungszulage. Bei Gehr. Metz erhielten die Arbeiter eine Erhöhung der Teuerungszulage, und zwar bewilligte die Firma den verheirateten Arbeitern 1.50 Mark pro Woche, die Ledigen erhalten eine Lohnzulage von 2 Pfennig pro Stunde. Bei Günther & Kleinmond erhöhte die Firma die Teuerungszulage bis zu einem Wochenverdienst von 50 Mark für verheiratete Arbeiter auf 15 Prozent. Die männlichen ledigen Arbeiter der Firma Virckenstein & Co. erhalten diesmal 3 bis 4 Mark pro Monat die Sätze der Verheirateten wurden um 1 bis 4 Mark pro Monat erhöht; die Arbeiterinnen, die doch unter der Teuerung genau so leiden und deren Löhne recht minimale sind, erhielten nichts. Das ist sehr zu bedauern. Die Firma Sartmann & Braun bewilligte eine Kriegszulage für Arbeiter, wenn diese mindestens 5 Stunden im Lohn arbeiten, von 10 bis 20 Prozent, für Elektromonteur 15 Prozent, für Werkzeugmacher 20 Prozent, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen erhalten 15 Prozent, Spezialarbeiter 10 bis 20 Prozent, Schlosser, wenn diese auf Reparatur arbeiten, erhalten 30 bis 40 Prozent und Lohnarbeiter 10 bis 30 Prozent.

Eine Reihe von Beschwerden führten zu Verhandlungen mit der Firma Stempel: hinsichtlich daran erhöhte die Firma die Teuerungszulage für ledige Arbeiter um 1.50 Mark pro Monat, für verheiratete Arbeiter ohne Kinder um 3 Mark, solche mit 1 bis 2 Kindern erhalten 15 Mark, verheiratete mit 3 und mehr Kindern erhalten 6 Mark im Monat mehr. Daneben erhöhte die Firma die Stundenlöhne und die dort üblichen Maschinenzuschläge. Außerdem erhöhte die Firma die Unterstützung der Arbeiterfrauen von 15 auf 20 Mark und für jedes Kind von 7.50 auf 9 Mark. In einer Reihe von Betrieben waren Differenzen zu erledigen, die überall beigelegt wurden.umeist handelte es sich um Ueberstunden, Lohnabzüge oder andere Streitpunkte.

Nach dem Kassensbericht, den Kollege Ulrich ermittelte, betragen die Einnahmen der Hauptkassen aus Eintrittsgeldern 102.90 Mark, aus Beiträgen 70 Pfennig 24 082.80 Mark, 50 Pfennig 4.50 Mark, aus weiblichen Beiträgen 30 Pfennig 818.70 Mark, aus jugendlichen Beiträgen 30 Pfennig 337.50 Mark, aus Invalidenbeiträgen 10 Pfennig 45.90 Mark und einem Kassenschatz von 231.50 Mark zusammen 25 624.10 Mark. Die Ausgaben der Hauptkassen setzen sich zusammen aus Reisegeld 95.95 Mark, Umzugsunterstützung 40 Mark, Erwerbslosenunterstützung in Krankheitsfällen 2878.38 Mark, durch sonstige Ursachen 488.85 Mark, Unterstützung in Notfällen 50 Mark, Sterbegeld 665 Mark, Rechtschutz 180.83 Mark. Die Beiträge für die Angestelltenversicherung betragen 110.10 Mark. Der Anteil der Lokalkasse laut § 33 Abs. 6 beträgt 4322.31 Mark. Zusammen ergibt dies eine Ausgabe von 5716.52 Mark. Der Kassenschatz der Hauptkassen betrug 2007.58 Mark und an die Hauptkassen wurden eingekassiert 14 000 Mark.

Die Einnahmen der Lokalkasse betragen: Anteil aus den Beiträgen der Hauptkassen 4322.31 Mark, von 34 407 Lokalkassenbeiträgen 10 Pfennig 3440.70 Mark, sonstige Einnahmen 231.70 Mark; hierzu den Kassenschatz vom vierten Quartal mit 48 089.68 Mark ergibt eine Gesamteinnahme von 26 084.39 Mark. Die Ausgaben der Lokalkasse betragen insgesamt 12 517.97 Mark. Der Kriegsfonds hatte am 1. Januar einen Kassenschatz von 770.60 Mark; hinzu kommen aus den Mitteln der Lokalkasse 1600 Mark, aus freiwilligen Beiträgen und Sammlungen 237.60 Mark, zusammen 2608.20 Mark. Dem gegenüber steht eine Ausgabe von 2377 Mark. Um unsere Verpflichtungen den im Felde stehenden Kollegen gegenüber erfüllen zu können, müssen wir wiederum an den Opfersinn unserer Kollegen in den Betrieben appellieren. Sammelkassen und Kassen können jederzeit vom Bureau bezogen werden.

Kein erfreuliches Bild bietet die Mitgliederbewegung. Den 458 Zugängen stehen 676 Abgänge gegenüber. Neben den 288 zum Militär Eingezogenen mußten auch in diesem Quartal 247 Mitglieder gestrichen werden. Daß diese Zahl in der jetzigen Zeit besonders schwer ins Gewicht fällt, ist begreiflich. Bedauerlich ist, daß es zurzeit überhaupt Rahmenflüchte gibt. In einer Zeit, wo unter ganzem Erwerbsleben nach Organisation verlangt. Ein Teil der zum Militär einrückenden, ebenso ein Teil abreisender Kollegen übersehen es, sich rechtzeitig abzumelden; auch die vom Militär Zurückkehrenden, ob beurlaubt oder entlassen, veräumen es, sich rechtzeitig wieder anzumelden. Dadurch laufen diese Kollegen Gefahr, daß sie ihre Rechte an die Organisation verlieren.

Berichtigung.

Auf Grund des § 11 des Pressegesetzes ersuche ich um Aufnahme folgender Berichtigung:

„In dem Bericht aus dem Parteibureau „Aus dem Parteileben“ in Nr. 92 der „Volkstimme“ vom 18. April d. J. wird bezüglich der Pressefrage inhaltlich gesagt:

1. Nur Genosse Stadtverordneter Zimmermann, der dem erweiterten Bezirksvorstand angehört, erklärte, er trage für seine Person die Verantwortung für das Flugblatt.“

Diese Darstellung meiner Ausführungen ist nicht richtig, sondern ich habe folgendes gesagt:

„Ich habe an dem Beschlusse des erweiterten Bezirksvorstandes — dem 28. Genossen angehört — vom 20. Februar d. J., der besagt, daß der Bezirksvorstand beauftragt wird, den Beschlusse des erweiterten Bezirksvorstandes den Parteimitgliedern des Agitationsbezirks in geeigneter Weise zur Kenntnis zu bringen, mitgewirkt. Als Mitglied des erweiterten Bezirksvorstandes und der von ihm eingesetzten Informationskommission trage ich den Anteil an der Herausgabe des Flugblattes, der mit als Mitglied dieser Körperschaften zuzählt.“

2. Die von der Vertrauensmännerversammlung angenommene Resolution sagt: „Die Aufforderung zum Boykott der „Volkstimme“, die von Mitgliedern der Frankfurter Parteioffiziation ausgeht, ist eine schwere Schädigung der Partei. Diese Parteimitglieder haben sich eines Verstoßes gegen das Parteistatut schuldig gemacht. Ihr Vorgehen ist um so verwerflicher, als sie hervorragende Ehrenämter innehaben, die ihnen die Frankfurter Organisation übertragen hat. Sie haben mit ihrem Verhalten, das auf das entscheidende beurteilt wird, das in sie gesetzte Vertrauen schändlich mißbraucht.“

Dazu habe ich richtig zu stellen:

Es ist nicht wahr, daß die Aufforderung zum Boykott der „Volkstimme“ von Mitgliedern der Frankfurter Parteioffiziation ausgeht. Wahr ist, daß der erweiterte Bezirksvorstand die Parteigenossen in dem Flugblatt auffordert, die „Volkstimme“ abzusetzen.

Es ist nicht wahr, daß ich die Partei geschädigt und mich gegen das Parteistatut verstoßen habe. Wahr ist, daß ich für die Durchführung der vom erweiterten Bezirksvorstand einstimmig gefassten Beschlüsse eingetreten bin.“

Frankfurt a. M., 20. April 1916.

Joseph Zimmermann.

Zu Vorstehendem schreibt uns das Parteibureau:

Nach dieser „Berichtigung“ stellen wir folgendes fest: Es gibt offenbar zwei Genossen, die Joseph Zimmermann in Frankfurt a. M. heißen und sind. Der eine ist Frankfurter Parteimitglied und Stadtverordneter, der andere aber Mitglied des erweiterten Bezirksvorstandes. Die beiden wohnen zwar in demselben irdischen Körpergehäuse, haben aber geistig und politisch nichts miteinander zu tun. Ohne diese Annahme ist die „Berichtigung“ schlechterdings nicht zu verstehen.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins Frankfurt a. M.

Die Rationierung der Lebensmittel.

Zum nationalliberalen Antrag auf Bestandsaufnahme und gleichmäßige Verteilung aller Lebensmittel, der in der Stadtverordnetenversammlung von Stadt. Kon gestellt worden ist, wird uns nach folgendes mitgeteilt:

Die Beschaffung und Rationierung der hauptsächlichsten Lebensmittel auf dem Frankfurter Markt ist schon vor 5 Wochen in der Hauptkommission der Preisprüfungsstelle von den Konsumentenvertretern gestellt und als dringlich bezeichnet worden. Dem Vorhaben war auch gleich ein vollständiger Organisationsplan beigegeben. Aber er stieß leider auf ziemlich Widerstand bei der Mehrheit und liegt dort noch unerledigt. Vielleicht wird jetzt durch den nachträglichen Antrag in der Stadtverordnetenversammlung das Eis gebrochen und an die praktische Ausführung der Konsumenten-Vorschläge herangegangen.

Zur Fleischnot. Auch in dieser Woche hat der Kassauische Viehhändlerverband aus dem Regierungsbezirk Wiesbaden noch keine Schlichterinder auf den Markt bringen können. Entweder verweigert die Organisation, oder die Händler halten das Vieh zurück. In der letzteren Annahme ist man um so eher berechtigt, als sich im ganzen Reich bei der Festsetzung der Höchstpreise für Rinder eine auffallende Abnahme im Auftrieb bemerkbar machte. Zur Versorgung der Frankfurter Bevölkerung mit Fleisch hat die Stadt an einen Teil der Wiesener Wecker 300 Rinderquartale aus den Gefrierfleischbeständen des Reiches abgegeben, zum Preis von 2,75 Mark das Pfund. Die Wecker werden es zum Preis von 3 Mark verkaufen. Außerdem sind auf Rechnung der Stadt gestern aus Hannover 280 Schweine hier eingetroffen, die von den Schweinemästern, Genossenschaften stammen, an denen die Stadt mit 3500 Einlege-schweinen beteiligt ist. Bei dem Rindfleisch aus den Reichsbeständen fällt der außerordentlich hohe Preis auf. Muß denn der Staat auch noch Rindfleisch einziehen? Man muß wissen, daß die Reichs-schlachtungen im Spätsommer und Herbst erfolgt sind, wo die Preise noch verhältnismäßig niedrig waren. Vieh war bekanntlich um diese Zeit noch genügend vorhanden: das Pfund Schlachtgewicht für beste Ochsen kostete 1,20 bis 1,30 Mark; Rinder und Kühe stellten sich noch niedriger. Selbst wenn man berücksichtigt, daß die Konsumierung des Fleisches Kosten verursacht, ist ein Preis von 2,75 Mark für das Pfund kaum gerechtfertigt. Der Staat hätte im Gegenteil das größte Interesse daran, den Preis des Fleisches recht niedrig zu halten, damit die minderbemittelte und ganz arme Bevölkerung sich auch einmal ein halbes Pfündchen leisten könne. Bei den jetzigen Preisen ist das jedoch unmöglich; sie können nur gutstufierte Bürger zahlen. Für diese aber allein zu sorgen, kann nicht die Aufgabe des Reiches sein; denn sie können sich noch mit anderen Sachen behelfen. Der arme aber leidet tatsächlich sehr schwer an seiner Gesundheit unter der jetzigen Lebensmittellieferung.

Fettkarten sind nicht übertragbar. Die städtische Preisprüfungsstelle weist im Insuperatenteil darauf hin, daß es nicht statthaft ist, die Fettkarten an andere Personen zum Zwecke des Einkaufes von Schweinefleisch zu übertragen. Dieser Hinweis dürfte unserer Erziehung kaum nötig sein, denn jetzt ist jedes froh, wenn es selbst ein Stückchen Schweinefleisch oder ein viertel Pfund Fett erhält.

Ein Achtzigjähriger. Zur Ehrung des Geheimen Justizrats Dr. Hummer, der am Dienstag seinen 80. Geburtstag beging, hat die Stadtverwaltung ihm eine Plakette in Silber zugehen lassen. Ferner soll eine Straße den Namen „Hummerstraße“ erhalten, und zwar die zwischen der Darmstädter Landstraße und dem rechten Hafenpfad. Auch wurde Herrn Hummer nach Königswinter, wohin er gegangen ist, um allen Ehrungen aus dem Wege zu gehen, eine Geburtstagsgabe städtischer Weine gesandt mit einem Gedicht, in dem es heißt: „Küßer leg das Schurzfell an — Das am Fuß den Spunden — Fehlt auch Butter, Fett und Tran — Soll der Wein uns munden — Füllt die Becher bis zum Rand — Früchtet keinen Sumfer — Treue Dir mit Herz und Hand — Vielgeliebter Hummer!“

„Freie Weiber.“ Der „Niederräder Anzeiger“ bringt in seiner Nummer 33 vom Sonntag den 25. April, um die Bevölkerung zu beruhigen, eine amtliche Versicherung zur Lebensmittellieferung durch die Stadt. Die Vorschläge sind alt und grade von sozialdemokratischer Seite wiederholt gemacht, nur nicht befolgt

worden. Nur ist aber in dem Bericht, daß die Polizei künftig noch rücksichtsloser als bisher gegen hungertige Frauen vorgehen solle. Folgende Sätze verdienen auf Niederräder besondere Beachtung:

„Wir möchten schon früher auf die aufreizenden Reden frecher Weiber aufmerksam. Am Donnerstag war eine Frau erschienen, die anscheinend noch nicht lange hier wohnt, dieser rief man zu, reißt ihr den Out ab. Allerdings hat niemand diesem Rufe Folge geleistet. Die Frau hätte Flug getan, wenn sie den Namen der Auferin hätte unauffällig feststellen lassen, um diese wegen Verdröhung zu belangen. Auch von sonstigen Gemeinheiten wird erzählt.“

Wir wissen nicht, ob solche ungehörige Worte gegenüber einer harmlosen Frau nur wegen des Huts gefallen sind. Die Redaktion des „Niederräder Anzeigers“ hat es ja auch nur vom Hörensagen. Und geschwätzt wird heutzutage viel. Alle die Niederräder Frauen, die den „Anzeiger“ als Leihorgan zu halten sich verpflichtet fühlen, sollen sich aber merken, daß sie allgemein „aufreizende Reden“ führen, „freche Weiber“ sind, die noch „sonstige Gemeinheiten“ vorbringen. Uebrigens: Woher bezieht der Herr Redakteur Antheilhaft vom „Niederräder Anzeiger“ seine Vorräte für den Lebensunterhalt? Ruß er wegen eines viertel Pfündchen Butter oder Fleisch auch Stundenlang im Regen auf der Straße stehen?

Polizeistunde. Mit Rücksicht auf die am 1. Mai beginnende neue Zeiteinteilung wird die Polizeistunde für die Nacht vom 30. April zum 1. Mai auf 1 Uhr festgesetzt. Vom 1. Mai ab verbleibt es bei der bisherigen 12-Uhr-Polizeistunde.

Brandunfall. Am 26. April, vormittags 10 Uhr, gerieten die Kleider eines 17-jährigen, Löhrergasse 8 wohnenden Mädchens in Brand, während sie mit Abfischen von Wäsche beschäftigt war. Das Mädchen trug Brandwunden am ganzen Körper davon und wurde in das städtische Krankenhaus verbracht.

Leichenfindung. Am Main-Kabelbach wurde die Leiche eines fremden Mannes geborgen. Der Leiche trug noch den Hut auf dem Kopfe und hatte nur erst wenige Stunden im Wasser gelegen.

Briefkasten der Redaktion.

H. S. Natürlich ist in diesem Falle der Schuhmacher für die abhanden gekommenen Schuhe haftbar. Zeigen Sie ihn bei der Polizei an.

Neues aus aller Welt.

Familiendrama. In einem Gehölz bei Mühlbach an der bayerisch-österreichischen Grenze wurde eine Familie von sieben Köpfen erschossen aufgefunden. Der Ehemann hat augenscheinlich erst seine Frau, seine fünf Kinder und dann sich selbst erschossen. Ueber die Ursache ist bisher nichts bekannt.

Vom elsah-lothringischen Landtag.

Die zweite Kammer wählte als Präsidenten Dr. Widlin (Ztr.), als Vizepräsidenten Jung (Kath.) und Böhle (Soz.). In der Begrüßungssprache sagte der Präsident: Die elsah-lothringische Bevölkerung ist sich der Pflichten, die sie gegenüber dem in Kriegsnot geratenen Vaterland habe, vollst. bewußt und erfüllt dieselben mit der hingebendsten Gewissenhaftigkeit. Das gerade im elsah-lothringischen Volke die Friedenssehnsucht eine besonders mächtige sei, sei begreiflich. Im Verlauf seiner Rede gedachte Dr. Widlin in warmen Worten seiner 40 000 Landsleute, die infolge der kriegerischen Ereignisse ihre Wohnstätten verlassen mußten, nur das Notdürftigste aus denselben reichend. Wir geloben, daß alles getan wird, um ihnen ihr heimatliches Los erträglich zu gestalten. Zum Schluß gab der Präsident der Hoffnung Ausdruck, daß das Reich es als Ehrenpflicht erachte, die materiellen Schäden zu beseitigen, mit den moralischen Leiden müßte sich das Volk selbst abfinden.

Der Bericht des Sozialhaushalts sieht trotz mancherlei Ersparnisse eine Erhöhung der Ausgaben von 75 auf 80 Millionen vor. Die direkte Steuer soll um 25 Prozent mehr bringen, aber nicht durch mechanische Steigerung des Zugschlages, sondern durch Veränderung des Tarifes unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit. In der Begründung des Haushalts sagte der Staatssekretär, auch in diesem Jahre seien aus allen Teilen des Deutschen Reiches Gaben für die Kriegsgeldspende zugunsten der geschädigten Teile Elsah-lothringens zugeflossen, die nunmehr sich auf über 2 Millionen Mark erhöht haben. Auch der freiwilligen reichen Gaben für die sonstige Kriegswahlhelferlei im Lande wurde dankbar gedacht. Der Staatssekretär schloß: Manche geschossene Ortschaft und manche Ort, in dem von feindlichen Granaten getroffene Bewohner dieser Ortschaften getötet werden mußten, legen Zeugnis ab, daß auch 1915 ein Teil des Landes Kriegshauptplatz war. Aber eine Fahrt durch unser Land zeigt auch, daß der weitaus größte Teil im Herbst wie im Frühjahr in gewohnter Weise bestellt werden konnte, daß die Winterfröhen ungewöhnlich gut liegen und der Stand der Weizen reiche und frühe Ernte verspricht. Das feste Vertrauen auf den weiteren Schutz unseres Vaterlandes, die bestimmte Hoffnung auf die materielle Hilfe des Reiches für seine vom Kriege bisher am längsten, wenn auch nicht am schwersten getroffenen Teile gibt uns die Gewissheit, daß nach den Jahren des Krieges in allen Teilen des Landes neues kräftiges Leben in der Landwirtschaft, dem Handel und der Industrie Elsah-lothringens erblühen und damit die wichtige Grundlage jeder staatlichen Finanzwirtschaft erhalten bleiben wird.

Feldpost.

Heinz Rudolf. Betrag 170 M. gelangte dankend in unseren Besitz.

Wilhelm Dager. Wir bestätigen Ihnen den Eingang von 2,55 M. Gehr. Miledand. Zeitung ist mit November 1916 bezahlt.

Ein neuer Umjahsteuer-Gesetzentwurf.

Wie die „Tägl. Rundschau“ erfährt, wird gegenwärtig im Reichshaus ein Umjahsteuer-Gesetzentwurf ausgearbeitet. Die Fertigstellung des Entwurfes soll beschleunigt werden, und zwar so, daß der Entwurf noch Ende dieses oder am Anfang des nächsten Monats den Bundesrat beschäftigen und alsdann dem Reichstag zugehen kann. Wird die Vorlage im Bundesrat zeitig genug verabschiedet, so kann der Steuer-ausschuß des Reichstages auf die erste Lesung der Tabaksteuer-vorlage, die in den ersten Tagen des Mai beginnen soll, die erste Lesung der Umjahsteuer-vorlage folgen lassen.

Die Presse des Zentrums gibt jetzt zu, daß es sich bei dieser Steuer in der Tat um eine Belastung der großen Massen handelt. In einem Artikel, der durch die Zentrums-presse geht, heißt es: „Nach dem Wortlaut des Gesetzes liegt die Verpflichtung zur Entrichtung der Abgabe dem Aussteller der Quittung ob, aber es hieß doch Vogel-Strach-Politik! spielen, wollte man auf diese Bestimmung pochen, denn die Erfahrungen haben immer noch gezeigt, daß steuerliche Belastung der Produzenten auf die Käufer abgewälzt werden. Damit wird man sich aber abfinden müssen, denn eine Steuer, die wirklich schmerzhaft ist, muß noch gefunden werden. Mehr als je muß bei der Beurteilung der neuen Steuern, die jetzt vom Reichstag als Kriegsteuern geschaffen werden sollen, auch im Auge behalten werden, daß die Aufbringung gewaltiger Summen eine vaterländische Notwendigkeit und darum auch eine vaterländische Pflicht ist.“

Diese Auslassung im Zusammenhang mit der Mitteilung der „Tägl. Rundschau“ läßt darauf schließen, daß zwischen der Regierung und dem Zentrum vermutlich Abmachungen über eine Reform des bekannten Zentrumsantrages (Kriegsteuern) getroffen haben.

Telegramme.

Der deutsche Seeangriff auf England.

London, 26. April. Reuter gibt zu, daß die beiden englischen Kreuzer und auch der Zerstörer „Hawthorn“ gesunken sind. Ferner meldet der Amsterdamer „Telegraaf“ daß anscheinend noch mehr Schiffe gesunken sind.

Die irische Sorge Englands.

London, 27. April. (W. B. Nichtamtlich.) Im Zusammenhang mit den Nachrichten über die irische Lage, die letzten Nachrichten seien sehr befriedigend. 15 Personen seien getötet, 21 verwundet worden, außerdem wurden zwei der Regierung treue Freiwillige und zwei Volkskrieger getötet und sechs regierungstreue Freiwillige verwundet.

Die „Times“ sagt, die Regierung solle verhindern, daß in Amerika nicht falsche Vorstellungen über die Vorgänge in Irland sich bilden. Sie solle daher den amerikanischen Korrespondenten erlauben, nach Irland zu gehen, um unbeeinträchtigt durch die Zensur nach Hause berichten.

London, 27. April. (W. B. Nichtamtlich.) Melde des Pressebureau. Die Antwort, die Asquith in der Heimführung des Unterhauses am Mittwoch auf die Anfrage Carsons gab, zeigte, daß die Vorschläge der Regierung zur Erweiterung der militärischen Dienstpflicht in Irland nicht zur Anwendung kommen sollen.

Der Militarismus in England.

London, 26. April. (W. B.) Meldung des Reuter's Bureau. Das Pressebureau teilt mit: In der geheimen Sitzung des Unterhauses gab Asquith Einzelheiten über die Seeresvermehrung und die militärische Tätigkeit des britischen Reiches einschließlich der Kolonien und Indien ab. Er gab sodann eine Uebersicht über die Unternehmung der Regierung über die Rekrutierungsfrage, die Forderungen an Arbeiter und die Bedürfnisse der Handelsflotte, der Marine, der Munitionsindustrie und der anderen unentbehrlichen Industrien. Er verbreitete sich ferner über die Notwendigkeit der Rekrutierung und der Subvention an die Alliierten, sagte, die Regierung habe seit August nicht mehr ausgerüstet, um die Armee gehörig zu entwickeln.

Die Regierung habe daher erstens beschlossen, den Dienst der Mannschaften, deren Dienstzeit abgelaufen ist, zum Ende des Krieges zu verlängern, zweitens Territorialtruppen mit den Regimentern, die sie branden zu vereinigen, drittens die befreiten Mannschaften wieder dienstpflichtig zu machen, sobald ihr Freiheitszertifikat abgelaufen ist. Ferner schlägt die Regierung vor, junge Leute, die am 8. August noch nicht 18 Jahre alt sind, dienstpflichtig zu machen, sobald sie das 18. Jahr erreicht haben. Zugleich schlägt die Regierung vor: erstens sofort Maßregeln zu ergreifen, um die freiwillige Anwerbung von nichteingescribenen Unverheirateten die notwendigen Mannschaften erhalten. Zweitens fordert die Regierung die Ermächtigung sofort zu Zwangsmaßnahmen überzugeben, wenn am 27. Mai nicht 50 000 von diesen angeworben sind. Drittens, daßselbe soll stattfinden, wenn in irgend einer Woche nach dem 27. Mai weniger als 15 000 eingeschrieben werden. Viertes, daß Maßregeln unter 1 und 2 sollen eingeführt werden, 200 000 Mann von nicht eingeschriebenen erreicht sind.

In der Debatte nahmen 16 Abgeordnete teil. Das Ergebnis wurde vertagt. Am 26. April findet wieder eine öffentliche Sitzung statt. Im Oberhause machte Lord Crewe dieselben Mitteilungen.

Ententewillkür in Griechenland.

Köln, 27. April. (W. B. Nichtamtlich.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Athen: Der Bierverband beugnet nicht mehr mit der Beschlagnahme der Postkutsche der Bundesmächte, er vergreift sich auch an der griechischen Landpost. Das französische Kriegsschiff „Bruix“ belästigte auf drei griechischen Dampfern gegen 150 Postkutschen darunter eine Korrespondenz der Behörden und des griechischen Truppenkommandos mit der Zentrale.

Athen, 27. April. (W. B. Nichtamtlich.) Meldung des Reuter'schen Bureau. Die Befehle der Ententemächten haben einen neuen Schritt wegen des Transportes von Truppen nach Mazedonien unternommen, für welchen die Benutzung griechischer Eisenbahnen verlangt. Auf Befehl der Diplomaten folgte eine Ministerratssitzung.

Englischer Bericht über Türkenkämpfe.

London, 27. April. (W. B. Nichtamtlich.) Am wird gemeldet: Die Dase Asia ist jetzt frei vom Feinde, genommen die in Birelabb stehenden Kräfte. Die Türken bezahlten ihren kürzlichen Vorstoß gegen Duedar mit außerordentlich hohen Verlusten. — Feindliche Flugzeuge besaßen Port Said am 25. April mit Bomben, ohne Schaden anrichten. Britische Flugzeuge griffen Birelabb sehr erfolgreich an und belegten den Feind aus 400 Fuß Höhe Bomben und Maschinengewehrfeuer.

Wiesbadener Theater.

Residenz-Theater.

Donnerstag, 27. April, 7 Uhr: „Gottschalks Diener“ (Gefangener). Freitag, 28. April, 7 Uhr: „Armut“. Samstag, 29. April, 7 Uhr: „Der Bursche des Herrn Ober“. Sonntag, 30. April, 14 Uhr (letzte Nachmittagsvorstellung): „Diebstahl“. — 148 Uhr: „Zeitden Geber!“.

Hüte, Mützen, Schirme, Pelzwaren
Grosse Auswahl. Billige Preise.

Karl Sommer, Kürschner,
41 Wallrützstrasse 41.
Lieferant des Konsumvereins für
Wiesbaden und Umgegend.

In Freien Stunden

Die
Wochenschrift für Arbeiter
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.
Buchhandlung Volkstimme